Sehr geehrte Damen und Herren,

dieser Newsletter informiert Sie über aktuelle Entwicklungen in der europäischen Agrarpolitik.

Ich freue mich auf den Austausch mit Ihnen.

Bei Rückfragen stehe ich Ihnen selbstverständlich zur Verfügung.

Herzliche Grüße
Ihre Alexandra Mehnert

EU-Haushalt ab 2028: Widerstand gegen Zusammenlegung der Fördermittel wächst

Die Agrarpolitiker der Europäischen Volkspartei (EVP) stellen ihre Unterstützung für die geplanten Nationalen und Regionalen Partnerschaftspläne (NRPPs) infrage. Hintergrund ist die geplante Zusammenführung der Agrar- und Regionalförderung im nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2028–2034. Der CDU-Europaabgeordnete Norbert Lins (Berichterstatter zur Gemeinsamen Agrarpolitik) kritisiert, dass der Vorschlag bislang keine ausreichenden Garantien für eine verlässliche Finanzierung der Landwirtschaft enthält. Zwar hat EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen vorgeschlagen, mindestens zehn Prozent der NRPP-Mittel für ländliche Regionen vorzusehen. Diese Regelung findet sich auch in der Verhandlungsbox der irischen Ratspräsidentschaft. Nach Auffassung der EVP-Agrarpolitiker fehlt jedoch weiterhin eine verbindliche Absicherung dieser Zusagen. Sie ziehen deshalb ihre Unterstützung für den NRPP-Vorschlag vorerst zurück. Damit geraten auch die parlamentarischen Verhandlungen unter Druck. Die Abstimmungen in den zuständigen Ausschüssen waren ursprünglich für November vorgesehen, verzögern sich jedoch. Eine Abstimmung im Dezember könnte dennoch stattfinden, bevor sich die Mitgliedstaaten auf verbindliche Haushaltsvorgaben geeinigt haben.

Ostdeutsche Agrarminister fordern Kurswechsel bei der EU-Agrarpolitik ab 2028

Die Agrarminister von Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Thüringen haben sich in einem gemeinsamen Schreiben an Bundeskanzler Friedrich Merz und Vizekanzler Lars Klingbeil gewandt. Sie warnen vor erheblichen Nachteilen für die ostdeutsche Landwirtschaft durch die geplante Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) und den EU-Haushalt 2028–2034. Im Mittelpunkt steht die Ablehnung einer verpflichtenden Kappung und Degression bei den Direktzahlungen. Besonders größere, historisch gewachsene Landwirtschaftsbetriebe in Ostdeutschland wären betroffen. Nach Berechnungen der Länder könnte die Förderung eines Betriebs mit 1.000 Hektar von bisher rund 150 auf etwa 50 Euro je Hektar sinken. Die Minister befürchten dadurch Investitionsrückgänge und Arbeitsplatzverluste. Zudem fordern die Länder eine ausreichende Finanzierung der GAP sowie verlässliche Fördermittel für die ländliche Entwicklung. Sie kritisieren, dass die Bundesregierung die bereits im Bundesrat und in der Ministerpräsidentenkonferenz beschlossenen Positionen bislang nicht entschieden genug auf europäischer Ebene vertritt.

Gemeinsame Marktordnung: EU-Mitgliedstaaten erzielen Teileinigung zur Reform

Die EU-Mitgliedstaaten haben sich teilweise auf eine gemeinsame Position zur Reform der Gemeinsamen Marktordnung für 2028 bis 2034 verständigt. Die EU-Agrarminister sollen die Einigung kommende Woche bestätigen. Finanzierungsfragen bleiben zunächst ausgeklammert und werden im Rahmen der Verhandlungen über den nächsten EU-Haushalt entschieden. Besonders umstritten ist die künftige Finanzierung von Erzeugerorganisationen im Obst- und Gemüsesektor. Bislang werden entsprechende Förderprogramme ausschließlich aus EU-Mitteln finanziert. Künftig könnten auch die Mitgliedstaaten finanziell beteiligt werden. Darüber hinaus sollen Eiweißpflanzen wie Erbsen, Bohnen und Lupinen als eigener Fördersektor anerkannt werden, um die europäische Produktion zu stärken. Geplant sind außerdem verpflichtende nationale Krisenpläne für die Versorgung mit Agrarprodukten. Die Mitgliedstaaten sollen hierzu regelmäßig Informationen über Notfallvorräte austauschen und an gemeinsamen Krisentests teilnehmen.

Leiten Sie meinen Newsletter auch gerne an Interessierte weiter!

European Parliament

Alexandra MEHNERT
Mitglied des Europäischen Parlaments

Europäisches Parlament
ASP 15E154
Rue Wiertz 60
B-1047 Brüssel
(+32) 228 45719

Wahlkreis
Fürstenwallstr. 17
39104 Magdeburg
(+49) 3911 5666 866
www.mehnert-fuer-europa.de
Instagram: @mehnert.europa
Facebook: @mehnert.europa

epp group in the european parliament